

kürbiskern Sonderdruck 2/70

Vom Anschlag in Riem zum Anschlag gegen Links

Montag, 16. Februar 1970 • 15 Pf
Nr. 38 • MÜNCHNER-AUSGABE • C 8405 A **



National-

Spieler

hauen auf

den Tisch

Verlag der Weltwirtschaft AG

**Kripo bittet Bevölkerung um Mithandlung
nach den Münchner Feuer-Attentätern**

**Frisiercreme ohne Fett
mit Alkohol**

Jagt sie, bis sie hinter Schloß und Riegel sitzen!

BRD appelliert an alle: Suchen Sie mit! Jagen Sie mit! Helfen Sie mit! Schon der geringste Hinweis kann zur Aufklärung des Münchner Feuer-Attentats führen, bei dem am Wochenende 7 Menschen den Tod fanden. Bitte denken Sie daran: Selbst eine Beobachtung, die Ihnen vielleicht unwichtig erscheinen mag, kann für die Kripo ein wichtiger Schlüssel zur Aufklärung des Verbrechens sein. Jedes Polizeirevier im Bundesgebiet nimmt Hinweise und Tips entgegen.



**Der Axel-Springer-Verlag erhöht
die Belohnung auf 100 000 Mark**

Eine Kette aufsehenerregender Ereignisse in München rückte die bayerische Landeshauptstadt im Februar unvermittelt in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Zwei dieser Ereignisse, von arabischen Extremisten geplante Flugzeugentführungen, standen miteinander und beide wiederum mit dem Nahost-Konflikt in erkennbarem Zusammenhang. Ungeachtet dessen wurde jedoch die gesamte Ereigniskette — der Absturz eines arabischen Flugzeugs, eine mißlungene Flugzeugentführung, ein Brand in einem israelitischen Gemeindehaus und eine zweite gescheiterte Flugzeugentführung — von der Münchner Presse in einen zumindest spekulativen Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gestellt.

Obwohl für einen solchen Zusammenhang, besonders mit dem Brand im israelitischen Gemeindehaus, bis Mitte März keinerlei Beweise vorliegen, veränderten die Verdächtigungen — praktisch über Nacht — schlagartig die politische Atmosphäre in München und leisteten einer allgemein ausländerfeindlichen und speziell antiarabischen Hysterie Vorschub. Gleichzeitig dienten sie der Polizei zum Vorwand für Aktionen gegen arabische Studenten und linksstehende politische Gruppen.

Wie wirkten verzerrte Pressedarstellungen, emotionsgeladene Reaktionen der Bevölkerung und gezielte Aktivitäten der Behörden zusammen?

Chronologie der Ereignisse

Am 9. Februar, einem Montag, stürzte um 20.03 Uhr eine vierstrahlige Verkehrsmaschine vom Typ „Comet C 4“ der „United Arab Airlines“ kurz nach dem Start vom Münchner Flughafen Riem auf freiem Feld aus geringer Höhe ab. Alle 23 Insassen, 9 Besatzungsmitglieder und 14 Passagiere, überlebten das Unglück. Drei Fluggäste wurden leicht verletzt. Untersuchungen einer Kommission des Luftfahrtbundesamtes Braunschweig ergaben, daß es sich nicht um Sabotage handele.

Am folgenden Tag, dem 10. Februar, versuchten drei Mitglieder der extremistischen Splittergruppe „Action Organisation for Liberation of Palestine“ (AOLP), eine Linienmaschine der israelischen Fluggesellschaft El-Al nach Libyen zu entführen. Der Überfall auf den Zubringerbus auf dem Vorfeld des Flughafens begann gegen 12.45 Uhr. Die geplante Entführung scheiterte jedoch an der unerwarteten Gegenwehr des israelischen Flugkapitäns Uriel Cohen. Während eines Handgemenges mit dem Piloten und eines anschließenden Schußwechsels mit der bayerischen Grenzpolizei warfen die Terroristen insgesamt vier Handgranaten. Eine davon tötete den 32jährigen Israeli Arie Katzenstein, der sich über den Sprengkörper geworfen hatte. Acht Menschen wurden verletzt.

Drei Tage später, am 13. Februar, ging das Haus der Israelitischen Kultusgemeinde in der Münchner Reichenbachstraße gegen 20.50 Uhr in Flammen auf. Dabei kamen sieben Menschen ums Leben. In dem Haus befanden sich die Hauptverwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde, ein Kindergarten, Gästezimmer sowie ein Restaurant. Am Brandort wurde ein Ölkanister

gefunden, der mit Benzin gefüllt worden war. Die Polizei nimmt an, daß der Kanister, in braunes Wellpackpapier gewickelt, in das Gemeindehaus gebracht wurde. Das Feuer muß sehr schnell auf das ganze Treppenhaus übergreifen haben. Obwohl die Feuerwehr bereits acht Minuten nach der mutmaßlichen Brandstiftung alarmiert wurde und schon zwei Minuten später an der Brandstätte eintraf, konnten sieben Bewohner des Hauses nicht mehr gerettet werden. Zehn Menschen wurden verletzt.

Vier Tage später, am 17. Februar, wurden auf dem Flugplatz München-Riem drei bewaffnete Araber festgenommen. Der Flugkapitän einer jugoslawischen Verkehrsmaschine hatte um 18.40 Uhr die bayerische Grenzpolizei verständigt, daß sich an Bord seines Flugzeugs drei mutmaßliche Flugzeugentführer befänden. Im Handgepäck der drei Araber hatte die Flugzeugbesatzung drei geladene Pistolen gefunden. Die Polizei fand später den Entwurf einer Rede, die für die Entführung eines Flugzeugs der El-Al vorbereitet war. Einen ähnlichen Text hatte man auch bei den am 10. Februar Festgenommenen gefunden.

Jedes einzelne dieser vier Ereignisse hätte ausgereicht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Erst recht war die dichte Aufeinanderfolge geeignet, zu einer Eskalation der Spannung zu führen. Umso mehr wäre es Aufgabe der Presse gewesen, so objektiv und neutral wie nur irgend möglich die Leser zu informieren.

Sowohl die Berichterstattung als auch die Kommentare lassen jedoch darauf schließen, daß in diesem Fall latent vorhandene Resentiments und aktuelle politische Zwecke in den Vordergrund traten.

Presseberichterstattung

Unmittelbar nach dem Flugzeugabsturz am 9. Februar beschränkte sich die Presse auf Hinweise darauf, daß die Ursache des Unglücks ungeklärt sei und von einer Experten-Kommission untersucht werde. Vermutungen in Richtung Sabotage klangen nur an. So schrieb die „Abendzeitung“ am 10. 2.: „Ob als Unglücksursache Sabotage in Frage kommt, konnte gestern abend noch nicht geklärt werden.“

Nachdem jedoch am nächsten Tag der Flughafen Riem tatsächlich Schauplatz eines Anschlags geworden war, schrieb die „tz“ vom 11. 2. in ihrem Leitartikel:

„Arabische Freischärler griffen mit Handgranaten und Pistolen Passagiere einer israelischen Maschine im Transitraum des Münchner Flughafens an. Möglicherweise wird das Unglück von vorgestern nun als Alibi für das Verbrechen von gestern herhalten müssen. Es wäre ein Alibi, das nach dem bisherigen Stand der Dinge nicht die geringste Berechtigung hätte.“

Obwohl hier deutlich unterschieden wird zwischen Unglück und Verbrechen, werden beide Ereignisse doch in einen möglichen Zusammenhang gestellt. Die „Abendzeitung“ meldete am selben Tag, daß Sabotage als Unglücksursache mit Sicherheit ausgeschlossen werden könne.

Einige der Schlagzeilen nach der gescheiterten Flugzeugentführung am 10. 2. lauteten: „Blutbad in Riem: Handgranaten auf Israel-Reisende“ (Abendzeitung), „Blutbad auf dem Flughafen Riem“ (tz) und „Sein Sohn saß im Todes-Bus“ (bild). Im letzteren Fall war der Sohn des israelischen Verteidigungsministers, Assaf Dayan, gemeint. Er war einer der Fluggäste jener El-Al-Maschine, die entführt werden sollte. Die ersten Presseberichte sprachen allgemein die Vermutung aus, daß der Terroristenanschlag Assaf Dayan gegolten habe. Diese Version mußte später dementiert werden. Auch Behauptungen, daß es sich bei dem Anschlag um geplanten Mord gehandelt habe, bestätigten sich nicht. Der Anschlag galt nicht dem Leben von Menschen, sondern einem Flugzeug, das mitsamt seinen Passagieren entführt werden sollte.

Die „Abendzeitung“ vom 11. 2. berichtete:

„Es war ein Mord nach Flugplan.“

Unter dem Foto eines der Verhafteten heißt es: „Im Hintergrund steht die Palästinensische Befreiungsfront“.

Ähnliche Verallgemeinerungen finden sich im Leitartikel des Blattes. „Abendzeitungs“-Chefredakteur Udo Flade schrieb:

„Einer der Attentäter, ein Araber, wurde von der eigenen Handgranate verstümmelt. Ein Held? Ein Patriot? Ein Wahnsinniger? Was er und sein Motiv auch immer waren — hier gibt es nur eine Einstufung: ein Mörder war er in jedem Fall ... Wer der Welt Signale geben will, muß das nicht aus dem Hinterhalt tun. Wer blödsinnig Handgranaten wirft, um sich schießt und Blutbäder anrichtet, richtet sich selbst. Kein Vernünftiger wird solchen politischen Narren Lorbeerkränze flechten. Sie sind nicht einmal mutig zu nennen, und was sie mit ihren blutigen Händen ernten können, ist nichts als Empörung und Antipathie. Das sollten auch die verantwortlichen Staatsmänner der arabischen Welt wissen. Daß ihr Wort bei den Bombenlegern des Scharfmachers Arafat sichtlich wenig gilt, ist ihrem Prestige bestimmt nicht zuträglich.“

Hier wird die berechtigte Empörung über den blutigen Anschlag verquickt mit einer politischen Diffamierung des Führers der Palästinensischen Befreiungsorganisationen, Yasser Arafat. In einer Bildunterschrift innerhalb des Leitartikels wird Arafat zusätzlich als „Cef der arabischen Bombenleger“ titulierte. Es wird verschwiegen, daß sich gerade Arafat und die El Fatah, ebenso wie die meisten übrigen Befreiungsorganisationen, ausdrücklich und wiederholt von Terrorakten im Ausland distanzieren haben. Die Anschläge einer arabischen Extremisten-Gruppe, die quantitativ kaum ins Gewicht fällt, werden dazu benutzt, die verschiedenartigsten Befreiungsorganisationen insgesamt zu diskreditieren.

Am selben Tag bringt die „tz“ auf der Seite 2 Überschriften wie „Bomben — die Rache der Araber“ und „München will Ausländer schärfer kontrollieren“. Gleichzeitig bemüht sich das Blatt jedoch um Differenzierungen. In einem längeren Artikel werden zahlreiche Terrorakte vor allem kroatischer Exilorganisationen aufgezählt. Und im Leitartikel heißt es:

„Man wird sich in punkto ‚Heldenverehrung‘ ehrlicher verhalten müssen. Auch israelische Exzesse dürfen nicht durch unser schlechtes Gewissen heruntergespielt werden. Wenn unschuldige Zivilisten, Frauen und Kinder in diese grausamen Auseinandersetzungen einbezogen werden, dann sind dies Verbrechen, ganz gleich, wer sie begeht, Israelis oder Araber.“

Ohne solche Differenzierungen kommentiert die „bild“-Zeitung vom 11. 2. die Vorfälle in Riem unter der Überschrift „Heckenschützen!“:

„Den Frieden wollen sie nicht — die arabischen Terroristen. Den offenen Kampf scheuen sie. Dafür lassen sie Unbeteiligte büßen — nun auch bei uns, in der Weltstadt München.“

Das Entsetzen über die Bluttat, die heftige Verurteilung durch die Regierung — sie allein helfen jetzt nicht mehr.

Wenn es den Großmächten schon nicht gelingt, die Araber von ihren selbstmörderischen Angriffen auf Israel abzuhalten und endlich Frieden im Pulverfaß Nahost zu schaffen, sollten die zivilisierten Nationen der Welt wenigstens eins erreichen: Flugzeuge und Flughäfen dürfen nicht länger Truppenübungsplatz schießwütiger Terroristen sein!

Wenn die Araber das nicht begreifen, dann muß man sie dazu zwingen. Notfalls mit einem Boykott aller arabischen Fluglinien. Und wenn das nicht genügt, mit der Ausweisung aller jener Elemente, die als Touristen oder unter dem Vorwand zu uns kommen, lernen zu wollen, und dann mit Handgranaten um sich werfen. Heckenschützen — ganz gleich aus welchem Land — haben bei uns nichts zu suchen.“

Am folgenden Tag, dem 12. Februar, dementierten die Zeitungen, daß es sich um einen Anschlag auf Assaf Dayan gehandelt habe. Unter der Überschrift „Araber drohen: ‚Wir befreien die Attentäter‘“ schreibt die „tz“:

„Nach den letzten Ermittlungen bezweifelt die Polizei stark, daß der Anschlag allein dem Sohn des israelischen Verteidigungsministers gegolten hat. Eine andere Version ist wahrscheinlicher: Die Terroristen wollten die ganze Maschine entführen.“

Gleichzeitig wird über einen angeblichen Plan des „Exekutivkomitees zur Befreiung Palästinas“ berichtet, die verhafteten Terroristen — notfalls mit Gewalt — zu befreien. Im Leitartikel wird vor der Gefahr weiterer Terrorakte arabischer Extremisten gewarnt. Der Schluß des Kommentars:

„Abhilfe ist wohl nur von vorbeugenden Gegenmaßnahmen zu erwarten, also von einer verstärkten Durchleuchtung einreisender Personen, die potentielle Terroristen sein könnten. Und: Verschwörer bekämpft man am besten durch konspirative Mittel, so unangenehm das auch klingen mag.“

In einem Kommentar des „Münchener Merkur“ vom selben Tag beschäftigt sich der Autor mit der Moskau-Reise des El-Fatah-Führers Arafat:

„Er vermißte den roten Teppich, El-Fatah-Führer Jassir Arafat fühlte sich bei seinem ersten Quasi-Staatsbesuch in Moskau vom Protokoll vernachlässigt.“

Was die sowjetischen Empfangschefs noch diskret angedeutet hatten, machte fast zur gleichen Zeit der Anschlag palästinensischer Terroristen auf dem Flughafen München-Riem überdeutlich: Die palästinensischen Untergrundorganisationen operieren jenseits von Gesetz und Ordnung, diplomatische Spielregeln lassen sich hier nicht mehr anwenden.“

Der folgende Tag, der 13. Februar, an dessen Abend das Israelitische Gemeindehaus in Flammen aufgeht, nimmt sich in den Presseschlagzeilen wie ein retardierendes Moment aus. Die Vorfälle in München werden verdrängt durch ein Ereignis im Nahen Osten selbst. Etwa zwölf Kilometer nördlich von Kairo bombardieren israelische Kampfflugzeuge ein ägyptisches Eisenschmelzwerk. Nach ägyptischen Angaben wurden dabei auch Napalm-Kanister abgeworfen. Laut Darstellung des israelischen Verteidigungsministers Dayan handelte es sich bei diesem Angriff auf ein ziviles Objekt um ein Versehen. Dieses „Versehen“ kostete 68 Arbeitern das Leben, fast 100 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Während die „Abendzeitung“ nach dem Anschlag in Riem eilig von „Mord nach Flugplan“ geschrieben hatte, meldete sie in diesem Fall auf der unteren Hälfte der Titelseite: „Israelis irrten sich: 68 Tote.“

Ein weiterer Bericht im Innern der Zeitung trägt den Titel „68 Arbeiter starben im Bombenhagel“.

In diesem Fall verzichtete Chefredakteur Udo Flade auf Überlegungen, ob dieses tödliche „Versehen“ nicht auch praktisch mit Mord gleichzusetzen sei. Solche Überlegungen hätten hier zumindest ebenso nahe gelegen wie nach dem Rierner Anschlag. Immerhin handelte es sich um eine Fabrik in unmittelbarer Nähe der ägyptischen Hauptstadt. Die Möglichkeit, daß es sich durchaus nicht um ein Versehen, sondern um eine von vornherein gegen zivile Ziele gerichtete Vergeltungsaktion des Staates Israel gehandelt haben könnte, hätte in einem kritischen Kommentar wenigstens angedeutet werden können.

Statt dessen berichtete die „Abendzeitung“ auf Seite 2 ausführlich über eine gegen den Rierner Anschlag gerichtete Protestdemonstration:

„500 Münchner demonstrierten gegen das Granaten-Attentat“.

Abgesehen von der ungleichen Gewichtverteilung enthält allerdings gerade dieser Artikel erstmalig eine klare Differenzierung. Gleichzeitig gibt er Aufschluß über die damalige Stimmung in der Bevölkerung:

„Für Frieden im Nahen Osten und gegen Terror demonstrierten gestern nachmittag etwa 500 Münchner. An der Spitze des Protestmarsches, der von der Studiengruppe Nahost-München nach dem Rierner Handgranaten-Attentat organisiert worden war, marschierte der Münchner Rabbiner Hans J. Grünwald von der Israelitischen Kultusgemeinde.“

Ein starkes Polizeiaufgebot begleitete den Zug vom Marienplatz zum Luitpoldkino. Während der Demonstration riegelte eine Kette von Funkstreifenbeamten das Büro der ‚Middle East Airlines‘ in der Pacellistraße ab.

Zu einem kurzen Zwischenfall kam es, als die Demonstranten auf den arabischen Studenten Mohamed Salak (25) aufmerksam wurden, der am Straßenrand stand. Der Student der Elektrotechnik zur AZ: ‚Ich verurteile das Attentat als eine Aktion des individuellen Terrors. Aber man darf deshalb die gesamte arabische Widerstandsbewegung nicht mit einer kleinen Splittergruppe gleichsetzen.‘

Als der Araber von Demonstranten bedrängt wurde, mußte ein Polizist schützend eingreifen.“

Wesentlich kritischer als die „Abendzeitung“ berichtete die „tz“ über den israelischen Bombenangriff. Das Blatt machte dieses Ereignis zur Titelgeschichte: „Israelische Bomben auf Zivilisten: 70 Tote!“

Die Unterzeilen lauten: „Mosche Dajan: ‚Es war ein Irrtum!‘ / Ägypter: ‚Napalm gezielt eingesetzt.‘ In dem folgenden Artikel wird angedeutet, daß es sich möglicherweise um eine Vergeltungsaktion der Israelis für den Rierner Anschlag handeln könnte:

„War das die Vergeltung für das Attentat von München? 70 ägyptische Arbeiter starben am Donnerstag früh in israelischem Bombenhagel... Westliche Korrespondenten konnten schon kurz nach dem verheerenden Angriff die Fabrik besichtigen. Sie entdeckten nur Baustahl und Roheisen-Kokillen. In der näheren Umgebung liegen Bauernhöfe. Militärische Anlagen gibt es dort nicht.“

Gleichzeitig berichtet auch die „tz“ über die antiterroristische, von vielen Teilnehmern offenbar aber auch als antiarabisch verstandene Protestdemonstration in München. Zum Schluß der Reportage heißt es:

„Unruhe kam in die Menschenmasse, als der AStA der Uni und der TH Flugblätter verteilen ließ. Sie distanzieren sich vom ‚Protestzug einer nationalzionistischen Studentengruppe‘.“

Die Handgreiflichkeiten gegen einen arabischen Teilnehmer der Demonstration wurden nicht erwähnt. Ebenso wenig, daß auch AStA-Mitglieder auf offener Straße verprügelt wurden.

Am selben Tag lautet die Schlagzeile der „bild“-Zeitung:

„Bomber Müller: UWE oder ICH.“

Von den Bomben dagegen, die 68 ägyptische Arbeiter töteten, findet sich in der Münchner bild-Ausgabe keine Zeile. Diesen Umstand greift die „tz“ in einem ungewöhnlichen Kommentar am folgenden Tag auf. Auf Seite 1 der Wochenendausgabe heißt es unter der Überschrift „Vergessen?“:

„Israelische Bomben auf Zivilisten — ohne Zweifel eine wichtige Nachricht! Die tz und der Münchner Merkur machten sie gestern zu Hauptschlagzeilen, die SZ und die AZ berichteten auf ihren Titelseiten mehrspaltig. Nur in der Münchner Ausgabe von BILD fand sich keine einzige Zeile darüber.

Staatssekretär Ahlers hatte kürzlich behauptet, in Springers Zeitungen würden Nachrichten verfälscht. Da rauschte der Blätterwald vor Wut. Was aber ist schlimmer: Eine Nachricht verfälschen oder sie unterschlagen?

Springers BILD hat ein Eigentor geschossen. Staatssekretär Ahlers hat so unrecht nicht ...“

Der folgende Freitag brachte dann mit dem Brand im Haus der Israelitischen Kultusgemeinde den tragischen Höhepunkt der Münchner Ereignisse. Die Schlagzeilen der Wochenendausgaben lauteten:

„3 Tage nach dem Riemer Anschlag / Polizei: Es war Brandstiftung / Verletzte über Leitern gerettet — München: Attentat auf Synagoge — 7 Tote“ (Abendzeitung)

„München, letzte Nacht — Großfeuer in der Synagoge: 6 Tote — Mehrere Verletzte / Polizei vermutet Brandstiftung“ (tz)

„Jüdisches Altersheim in Flammen: 7 Tote — Zehn Bewohner verletzt / Polizei vermutet Brandstiftung mit politischem Hintergrund“ (Süddeutsche Zeitung)

„Nach dem Riemer Flughafen-Attentat: Brand in jüdischem Altersheim in München — Mindestens sechs Tote und viele Schwerverletzte — Brandstiftung nicht ausgeschlossen“ (Münchner Merkur)

„7 Tote beim Brand im jüdischen Altenheim — Überall waren Flammen! — Bewohner flüchteten aufs Dach. Feuerwehr: Es war Brandstiftung“. (bild)

Vor allem jene Schlagzeilen, in denen von einer Synagoge die Rede war, mußten in der Bevölkerung schreckliche Erinnerungen an die „Kristallnacht“ wecken. Tatsächlich handelte es sich jedoch weder um eine Synagoge noch um ein Altersheim, sondern um ein Gemeindehaus. Die Synagoge liegt unmittelbar neben dem Gemeindehaus, sie wurde von dem Brand nicht betroffen.

Für die Fehlinformation ist die Polizei verantwortlich. Sie lancierte wider besseres Wissen den Begriff „Altersheim“ in die Presse. Vor Journalisten erklärte ein offizieller Polizeisprecher, man habe es für „klüger“ gehalten, hier von einem Altersheim zu reden.

Warum aber hielt es die Polizei für „klüger“, bei der Version vom „Altersheim“ zu bleiben, obwohl Kantor Hochwald eine solche Benennung des Gebäudes in der Reichenbachstraße schon in der Brandnacht korrigiert und mit Beispielen der tatsächlichen dortigen Mietverhältnisse widerlegt hatte? Die Mieter waren alte Leute ebenso wie Studenten: es wohnten dort Personen, die ständig in München lebten und solche, die sich hier nur kurz aufhielten.

Zu ihrer Meldung „Attentat auf Synagoge“ veröffentlichte die „AZ“ ein Bild, auf dem betende Menschen zu sehen waren. Wurde in den Gebäuden an der Reichenbachstraße nur gebetet? Anwohner der Reichenbachstraße hatten nicht diesen Eindruck. Ihnen schien es zeitweise so, als handelte es sich dort um einen lebhaften Umschlagplatz im illegalen Waffenhandel. Sind das nur vage und unverbürgte Gerüchte? Selbst dann wäre es Aufgabe der Polizei gewesen, darüber die Öffentlichkeit zu informieren, den Angaben nachzugehen und sie schließlich mit einem klaren Ja oder einem klaren Nein zu beantworten.

Hat sie in diesem Zusammenhang David Wasserstein befragt? Er wird von informierter Seite als Leiter der Morija-Gruppe, einer rechtszionistischen Organisation, bezeichnet. Hatte diese nicht in dem abgebrannten Gebäudeteil mindestens einen Stützpunkt, wenn nicht sogar ihr geheimes Hauptquartier? Was sagt die Polizei dazu, daß David Wasserstein sowohl Leiter der Morija — im Untergrund —, als auch Vorsitzender der jüdischen Studentenorganisationen in Bayern — für die Öffentlichkeit — sein soll?

Und noch eine Frage: Wohin gehörte eigentlich der Junge, der einmal ganz am Rand einer Information auftauchte — als möglicher Täter, der aber wegen gerichtlich vorweg bestätigter Unzurechnungsfähigkeit nicht angeklagt werden könnte? Ist seine Unschuld erwiesen? Könnte er das unbewußte Werkzeug einer bewußten Tätergruppe gewesen sein? Soviele Fragen, so viele Antworten, die bisher nicht gegeben worden sind.

Was die Feuerwehr oder die Polizei dazu veranlaßte, schon in der Brandnacht von Brandstiftung zu sprechen, kann hier nicht geklärt werden. Das einzige Indiz, ein ARAL-Kanister, wurde offenbar erst nach der mitternächtlichen Pressekonferenz gefunden. Den Journalisten wurde während der Pressekonferenz ausdrücklich erklärt, es gebe bisher keine Hinweise für eine Brandstiftung. Daß der Benzinbehälter erst später entdeckt wurde, ist allerdings erstaunlich genug. Der Kanister lag in einem kleinen Vorraum des Gemeindehauses, den auch die Feuerwehr beim Betreten des Gebäudes passieren mußte. Ein großer 20-Liter-Ölkanister hätte den Feuerwehrleuten jedoch sofort auffallen müssen, schließlich gehört es zu ihrem Beruf, für Brandstiftungshinweise ein besonders wachsames Auge zu haben.

Widersprüchlich waren auch die Angaben darüber, wie und wo der Brand entstanden sei.

„Nach Angaben der Feuerwehr brach das Feuer im Dachstuhl des Hauses aus. Ein an den Löscharbeiten beteiligter Feuerwehrmann erklärte, das Feuer sei durch Brandstiftung entfacht worden.“ (Süddeutsche Zeitung)

„Nach Angaben der Feuerwehr war der Brand aus bisher ungeklärter Ursache im Dachstuhl des Altersheimes ausgebrochen.“ (Münchner Merkur)

„Der Brand wurde vermutlich mit Molotow-Cocktails im Treppenhaus gelegt und griff auf den gesamten Dachstuhl.“ (Abendzeitung)

„Nach ersten Augenzeugenberichten erhärtete sich der Verdacht, daß es sich um einen Anschlag handelte: Das Feuer brach gegen 21 Uhr an zwei verschiedenen Stellen im 1. und im 4. Stock gleichzeitig aus.“ (tz)

„Die Feuerwehr: „An mindestens drei Stellen brach in dem fünfstöckigen Gebäude an der Reichenbachstraße der Brand gleichzeitig aus. Deshalb besteht kaum ein Zweifel, daß es sich um eine gezielte Brandstiftung handelte.“ (bild)

Fünf verschiedene Versionen von einem Brand, der zum Auftakt einer beispiellosen antiarabischen Pogromstimmung in der Münchner Bevölkerung wurde und notstandsartige Aktivitäten der Polizei einleitete.

Konnten Feuerwehr und Polizei tatsächlich ruhigen Gewissens so schnell von Brandstiftung reden? Von einer mit politischem Hintergrund gar, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete? Die verschiedenen Presseversionen lassen darauf schließen, daß in der allgemeinen Aufregung dieses Abends nichts eindeutig geklärt war. Die Feuerwehr selbst gab offenbar verschiedene Darstellungen über die Entstehung des Brandes. Trotzdem hieß es sofort: *Brandstiftung!* Nach den Presseberichten gründete sich jedoch dieser Verdacht auf Spekulationen, die sich später als falsch erwiesen. Da war von Molotow-Cocktails die Rede und vom Entstehen des Brandes an zwei oder gar drei Stellen gleichzeitig.

Wiederum eine völlig andere Version gab der bayerische Innenminister Bruno Merk sechs Tage nach dem Brand, am 19. Februar, vor dem Bayerischen Landtag:

„Der oder die Täter benutzten zur Brandlegung handelsübliches Normalbenzin verschiedener Marken, das in einem 20-Liter-Ölkanister zusammengeschüttet wurde. Dieser Kanister wurde in braunes Wellpackpapier verpackt in das Haus gebracht. Im ganzen Treppenhaus wurde Benzin verschüttet und im Erdgeschoß entzündet.“

Angeichts der ohnehin spannungsgeladenen Atmosphäre in der Bevölkerung nach den vorangegangenen Ereignissen konnte man vorausberechnen, daß der Verdacht auf Brandstiftung eine gefährliche Zuspitzung der antiarabischen Ressentiments auslösen würde. Man konnte auch vorausberechnen, daß der — falsche — Hinweis auf ein brennendes „Altersheim“ zusätzlich die Empörung steigern würde. Waren vielleicht all diese Folgen vorausberechnet?

In welche Richtung der Verdacht von vornherein gelenkt wurde, illustrieren die Zeitungsberichte:

„Haben arabische Terroristen erneut in München zugeschlagen?“ (tz)

„Vier Tage nach dem Attentat arabischer Untergrundkämpfer auf eine israelische Verkehrsmaschine in München-Riem ist es zu einem neuen blutigen Vorfall gekommen, der damit vermutlich in Verbindung steht: Am späten Freitagabend stand in der Münchner Innenstadt eine Synagoge, der ein jüdisches Altersheim und ein Gästehaus angeschlossen sind, in hellen Flammen.“ (Münchner Merkur)

„Wird München zum Schauplatz blutiger Terror-Akte der Araber?“ (Abendzeitung)

„Der bayerische Oberrabbiner Hans Grünwald (65): „Am Donnerstag haben wir wegen des Bombenanschlags in München-Riem die Demonstration in der Stadt durchgeführt. Dabei hörten wir die Drohung, man werde Rache an uns nehmen.“ (bild)

Den absoluten Höhepunkt der Eskalation lieferte dann die „bild“-Zeitung in ihrer nächsten Ausgabe am Montag. Die Titelschlagzeile lautete:

„Jagt sie, bis sie hinter Schloß und Riegel sitzen!“

Darunter werden die näheren Einzelheiten dieses Aufrufs zur Menschenjagd erläutert:

„BILD appelliert an alle: Suchen Sie mit! Jagen Sie mit! Helfen Sie mit! Schon der geringste Hinweis kann zur Aufklärung des Münchner Feuer-Attentats führen, bei dem am Wochenende 7 Menschen den Tod fanden. Bitte denken Sie daran: Selbst eine Beobachtung, die Ihnen vielleicht unwichtig erscheinen mag, kann für die Kripo ein wichtiger Schlüssel zur Aufklärung des Verbrechens sein. Jedes Polizei-Revier im Bundesgebiet nimmt Hinweise und Tips entgegen.“

Im folgenden Artikel heißt es unter anderem:

„BILD stellt seine Millionen-Auflage der Sonderkommission zur Verfügung...“

Die Schlagrichtung hatte „bild“ bereits am Wochenende fixiert. Noch aggressiver wurde sie in einem Kommentar des Chefredakteurs Peter Boenisch, der in „Bild am Sonntag“ vom 15. 2. geschrieben hatte:

„Ein Altersheim ist angesteckt worden, ... sieben alte Juden, die den Gasöfen der Nazis entkommen, sind ums Leben gekommen ... Gestern kämpfte man radikal für Castro und Che Guevara und heute brutal für El Fatah. Vorgestern brannte ein Zeitungswagen und heute verbrennen Juden in einem Altersheim.“

Dem Leser wird ein Zusammenhang zwischen Studentendemonstrationen gegen Springer und der Brandstiftung suggeriert. Nicht nur Araber also, sondern ebenso linke Studenten sind Ziel der Menschenhatz. Verleger Axel Cäsar Springer unterstreicht den „bild“-Aufruf mit einer 25 000-Mark-Spende für die Ergreifung der Täter. Damit erhöhte sich die Belohnung auf insgesamt 100 000 Mark, die höchste Summe, die je in der Bundesrepublik für die Aufklärung eines Verbrechens ausgesetzt wurde.

Am selben Tag bemühte sich wiederum die „tz“ um eine gewisse Differenzierung. Sie schreibt in ihrem Leitartikel:

„Wer immer für den Anschlag auf das jüdische Altersheim in München verantwortlich ist, wird sich nicht als politischer Überzeugungstäter herausreden können. Das gemeine Attentat auf alte, wehrlose Menschen ist das abscheuliche Verbrechen von Kriminellen der übelsten Sorte.“

Es gibt plausible Gründe dafür, die Täter nicht nur in arabischen Kreisen zu suchen; arabische Terrorakte richteten sich bisher durchwegs gegen Israel und nicht allgemein gegen Juden. Man wird die Ermittlungen auf breiter Basis führen müssen, bis hin zur Möglichkeit, daß hier ein geisteskranker Einzeltäter am Werk war.

Gestellt werden muß auch die Frage nach dem Klima, in dem solche Verbrechen gedeihen. Sinnvoll freilich ist das nur in Form einer echten Gewissensforschung, die nicht — wie geschehen — ausartet in infame Unterstellungen. Wer sich selbst hervorgetan hat in Hetze gegen andere Minderheiten, hat kein Recht darauf, heute belehrend den Zeigefinger zu heben. Das Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968 kam auch nicht ganz von ungefähr...“

Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, daß sich alle palästinensischen Guerilla-Organisationen von dem Anschlag auf das Gemeindehaus klar distanzieren. In dem Korrespondentenbericht heißt es weiter:

„Die arabischen Freischärler machen in der Tat zwischen Judentum und Zionismus sowohl in ihrer Doktrin wie der Praxis einen strengen Unterschied, und es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Angehörige einer der großen, politisch geführten Fedajin-Gruppen ein Attentat auf die Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde unternehmen würden.“

Andererseits ist die Aufspaltung der palästinensischen Untergrundbewegung in Gruppen und Grüppchen so weit fortgeschritten und Abenteuerlust wie persönliche Geltungssucht wie Anarchie spielen dabei eine derartige Rolle, daß kein verantwortlicher Sprecher einer großen Fedajin-Organisation heute noch mit Autorität behaupten kann, es sei an einem bestimmten Anschlag irgendwo in der Welt kein Palästinenser beteiligt gewesen.“

Zwar unterscheidet dieser Bericht zwischen den „großen, politisch geführten“ Befreiungsorganisationen und extremistischen Splittergruppen, der Verdacht gegen die Araber wird aber auch hier ausgesprochen.

Vergebens sucht man dagegen in den meisten Zeitungen nach dem leisesten Verdacht gegen rechtsextreme und faschistische Organisationen — und das in München, wo jede Woche die antisemitische „Deutsche Nationalzeitung“ erscheint und 14 NPD-Abgeordnete im Landtag sitzen.

Einen weiteren Höhepunkt ausländerfeindlicher Propaganda bot am folgenden Tag, dem 17. Februar, der „Münchner Stadtanzeiger“, eine von der Stadt München mitgetragene Beilage der „Süddeutschen Zeitung“. Unter der Überschrift „Hinaus aus München!“ schreibt der verantwortliche Redaktionsleiter Erich Hartstein:

„Die Empörung in unserer Stadt über die gemeinen Verbrechen in Riem und in der Reichenbachstraße ist groß. Haß- und rachesuchterfüllte Geheimbündler schrecken vor nichts mehr zurück. Mit diabolischer Niederträchtigkeit wurde in einem jüdischen Altersheim das Feuer so gelegt, daß die Chancen, den Flammen zu entkommen, möglichst gering blieben. Aus Wut über die mißlungene Flugzeugentführung hatte einer der Attentäter eine Handgranate in einen vollbesetzten Fahrgast-Omnibus geworfen. Die Süddeutsche Zeitung forderte die Anwendung der vollen Härte des Gesetzes bei der Aburteilung der verhafteten verblendeten Unmenschen.“

Unverzüglich sollten freilich auch die Konsequenzen im Hinblick auf die kriminellen Aspekte des Ausländerproblems gezogen werden: Hinaus aus München und aus der Bundesrepublik mit jenen Kreisen, die im Polizeipräsidium so „hinlänglich bekannt“ sind (wie Dr. Schreiber — der Polizeipräsident, d. V. — selbst betonte)!

Hinaus aus München mit jenen ausländischen „Studenten“, die seit Jahren keinen Hörsaal mehr betreten haben und auch keinerlei Arbeit nachgehen, es sei

denn, man will Schmuggel, Diebstahl und Betrügereien als Berufstätigkeit anerkennen.

Hinaus aus der Stadt mit den amtlich registrierten Geheimbüdlern! Es fehlen, von den auch in der SZ angedeuteten Bestimmungen über die Ausländer abgesehen, nicht Gesetze, wie Franz Josef Strauß am Freitag in Schwabing schrie, es mangelt, wie wir meinen, an Willen und Energie, die vorhandenen Bestimmungen wirksam anzuwenden. Wir reden mit dieser Feststellung lediglich den besonnenen Verantwortlichen der Münchner Polizei das Wort.

München lebt in Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft mit Zehntausenden ausländischer Gastarbeiter. Ohne sie sähe sich die Stadt vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Auch im Interesse dieser fleißigen, in ihrer Heimat arbeitslosen Menschen ist es nötig, gründlich die Spreu vom Weizen zu sondern.

Hinaus aus München mit Leuten, die nicht davor zurückschrecken, kriegerische Auseinandersetzungen anderer Länder auch in unserer Stadt — in einem neutralen Land — auszutragen.

Wir haben unsere eigene Vergangenheit und Schuld noch längst nicht bewältigt, geschweige denn, daß das von Deutschen angerichtete Leid vergessen und vergeben ist. München, die einstige Hauptstadt der Bewegung, ist die am schlechtesten geeignete Großstadt der Welt, Kriegsverbrechern und Attentätern Unterschlupf zu ermöglichen bzw. durch eine zu breite Toleranzspanne bei der Anwendung der Ausländergesetze geradezu einen Anreiz zur Bildung von Brutstätten ausländischer Krimineller zu bieten.

Hinaus mit diesen Leuten — aus welchem Land sie auch immer gekommen sind!“

Die „tz“ meldete an diesem Tag auf Seite 1 unter der Überschrift „BP fordert: ‚Kopf ab!‘ — Bayernpartei für Todesstrafe“:

„Im Zusammenhang mit den Münchner Terroranschlägen forderte gestern die Bayernpartei: Wiedereinführung der Todesstrafe. Ihr Generalsekretär Ludwig Lallinger erklärte der tz: ‚Die brutalen Verbrechen machen jedem verständlich, daß übertriebene Milde und verantwortungslose Humanitätsduselei nicht mehr am Platze sind.‘

Deshalb will die bayerische Partei bei jedem ‚einwandfrei erwiesenen Mord‘ die Todesstrafe als angemessene Sühne sehen. Weil ‚unser Staat nicht der Tummelplatz von Verbrecherbanden‘ werden dürfe.

Lallinger erklärte, er sei ‚zwar schon für Humanität‘, bei solchen Verbrechen ‚hört es aber auf‘. Und: ‚Der Kopf muß dann herunter.‘ Es könne nicht verantwortet werden, daß die Attentäter zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und schon nach zehn Jahren wieder entlassen würden, um dann neue Untaten zu begehen.“

Diese Meldung erweckt den Anschein neutraler Berichterstattung. Tatsächlich aber sprechen sowohl die prominente Placierung auf Seite 1 als auch das aus-

führliehe Zitieren der Bayernpartei dafür, daß sich die Zeitung von dem Ruf nach dem Henker nicht nur nicht distanziert, sondern damit sympathisiert. Und selbst wenn das nicht zutreffen sollte, verschaffte der Artikel mit Sicherheit den Befürwortern der Todesstrafe zusätzliche Publicity.

Die Schlagzeile dieser „tz“-Ausgabe lautet:

„Neuer Terrorakt: Jüdischer Friedhof verwüstet.“

Es handelte sich um einen Friedhof im badischen Schwetzingen. Für solche Aktionen waren in der Vergangenheit stets Faschisten und Neonazis verantwortlich. Im Fall des Brands im Israelitischen Gemeindehaus jedoch wurde der Verdacht von vornherein nach links gelenkt.

Aus diesem Grunde erklärte der AStA der Münchner Universität:

„Der AStA verurteilt das abscheuliche Verbrechen, dem am Freitag Nacht sieben Bürger Münchens zum Opfer fielen. Im Namen der gesamten Studentenschaft bekundet der AStA seine tiefe Anteilnahme mit den Angehörigen und Freunden der Opfer. Der AStA sieht sich aus folgenden Gründen zu dieser Erklärung veranlaßt:

Der AStA ist erstaunt über die Tatsache, daß von ihm mit drohendem Unterton eine Presseerklärung zur Brandstiftung im jüdischen Altersheim ‚verlangt‘ wird (dies geschah am Samstagmorgen durch einige Vertreter von Rundfunk und Presse), da der AStA doch ‚immer schnell mit Presseerklärungen bei der Hand ist‘. Der AStA hatte sich in letzter Zeit bemüht, die irrationale manipulative Diskussion in der westdeutschen Berufsöffentlichkeit über die Palästinafrage auf die Grundlage historisch-materialistischer Analyse zu stellen. Zum Attentat in Riem eine differenzierte Stellungnahme abgeben: Verurteilung von individuellen Terroranschlägen, Distanzierung aber auch vom Protestmarsch einer prozionistischen Studentengruppe; Differenzierung zwischen dem jüdischen Volk und dem Zionismus, zwischen reaktionären arabischen Regierungen und dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes... Gleichzeitig verlangt die Presse von uns eine Distanzierung von einem Anschlag, den wir nur als verbrecherisch charakterisieren können. Die politischen Hintermänner (wenn es solche überhaupt gibt und es sich nicht um die Tat eines kriminellen Psychopathen handelt) können nur die sein, denen er nützt: reaktionäre arabische Regime, die damit dem Zionismus den besten Dienst erweisen und die sie gefährdende arabische Befreiungsbewegung diffamieren, oder deutsche Faschisten. Der Anschlag ist folglich direkt gegen den Befreiungskampf der Völker Palästinas gerichtet. Distanzieren von diesem Verbrechen müssen nicht wir uns, sondern diejenigen, die mit arabischen Reaktionären und mit den israelischen Militaristen gute (wirtschaftliche) Beziehungen pflegen und es z. B. nicht nötig haben, sich vom Schreibtischmord an 70 arabischen Arbeitern zu distanzieren.“

Wegen der emotionsgeladenen Stimmung in der Münchner Bevölkerung sah sich der AStA außerdem veranlaßt, seine Teilnahme an einer gegen den israelischen Außenminister Abba Eban gerichteten Protestdemonstration am folgenden Wochenende abzusagen. In einer entsprechenden Presseerklärung heißt es unter anderem:

„Auf Grund der emotional aufgeheizten Atmosphäre, die mittlerweile in den Ruf nach ‚Kopf ab!‘ und zu einer allgemeinen Volkshatz ausgeartet ist, hält der AStA zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Demonstration für verfehlt, weil sie ihr Ziel, Aufklärung über und Agitation für den Befreiungskampf der Völker Palästinas nicht erreichen kann.“

Der AStA protestiert entschieden gegen die Pogromhetze, die eine gewisse Presse gegen unsere arabischen Kommilitonen entfacht hat. Die hohe Belohnung hat bereits jetzt zu einem wahren Jagdfieber bei der Bevölkerung geführt. Gestern Nacht wurde der Sitz der ROTEN GARDE Münchens von Zivilbeamten mit Maschinenpistolen überfallen. Den Anwesenden wurde erklärt, man habe von der Bevölkerung einen Hinweis erfahren, daß die Attentäter hier anwesend seien. Es ist abzusehen, wann die meisten Zentren politischer Gruppen von ähnlichen ‚raids‘ heimgesucht werden. Auch die Leitung der Untersuchungskommission durch den berüchtigten Linkenjäger Lossos deutet darauf hin, daß die Polizei, wenn schon nicht die Täter, so doch politisch unliebsame Kräfte unschädlich machen will.“

Zur Vorbereitung der Demonstration, die nach der AStA-Absage vom Münchner „Palästina-Komitee“ alleinverantwortlich durchgeführt wurde, waren auch zwei Mitglieder der „Generalunion palästinensischer Studenten“ aus Frankfurt nach München gekommen. Auf dem Münchner Flugplatz wurden sie von Polizisten abgefangen, durchsucht und zwei Stunden lang festgehalten. Die beiden arabischen Studenten ließen sich eine schriftliche Bestätigung dieser ihnen unverständlichen Untersuchung aushändigen. Das Schriftstück trägt den Vermerk „Sonderkommission (II), Brand Reichenbachstraße“.

Am Vorabend der Demonstration vom Samstag, 21. Februar, führte die Münchner Polizei ausgedehnte Razzien in zahlreichen Gaststätten durch. Zwölf Araber wurden festgenommen. Sechs von ihnen verurteilte ein Schnellrichter zu Gefängnisstrafen zwischen fünf Tagen und zwei Monaten. Nach Angaben der Polizei besaßen die Verurteilten keine Ausweispapiere und hatten gegen das Ausländergesetz verstoßen. Die „tz“ meldete darüber:

„Die Polizei: ‚Die Aktion war Teil gezielter Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des israelischen Außenministers‘.“

Die Demonstration gegen den bevorstehenden Besuch Abba Ebans in München fand trotzdem statt. In seinem Demonstrationsaufruf hatte das „Palästina-Komitee“ geschrieben:

„Die bewußte falsche Gleichsetzung Jude = Israeli = Zionist soll die westdeutsche Linke mundtot machen, jede Kritik an der Politik des zionistischen

Staates Israel als antisemitisch verketzern und zum Empfang des groß-israelischen Außenministers Eban blinde philosemitische Begeisterung mobilisieren. Der unbewältigte Antisemitismus der deutschen Vergangenheit soll durch einen unreflektierten Philosemitismus à la Springer ersetzt werden. Damit soll gleichzeitig vom notwendigen Kampf aller Demokraten gegen alten und neuen Faschismus abgelenkt werden. So wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom provokatorischen NPD-Parteitag in Wertheim abgelenkt, so wird es den reaktionären Kräften in der BRD leichtgemacht, ihren alten Ruf nach der Todesstrafe wieder erschallen zu lassen und eine Pogromhetze in bewährter Manier gegen Ausländer und demokratische Kräfte zu entfesseln.

Die deutsche Geschichte lehrt: Der Feind steht rechts. Von einem Klima des Terrors können nur Reaktion und Faschismus profitieren. Wir rufen alle Demokraten auf, vor der massiven Einschüchterung nicht zurückzuweichen, sondern das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen und unsere friedliche Demonstration zu unterstützen.“

Tatsächlich verlief der Protestmarsch, an dem sich einige hundert Demonstranten — darunter auch zahlreiche antizionistische Juden — beteiligten, ohne Zwischenfälle. Erst nach der Kundgebung kam es zu einem Handgemenge, als ein Zivilist — offenbar ein Geheimpolizist — versuchte, einen persischen Studenten, der Flugblätter verteilte, festzunehmen. Die Greif-Aktion scheiterte an der Gegenwehr der umstehenden Demonstranten. Der Zivilist wurde von der Polizei in Schutz genommen.

Ein merkwürdiger Vorfall, der von der Presse nicht notiert wurde, hatte sich unmittelbar vor dem Aufbruch der Demonstranten am Münchner Nationaltheater ereignet. Ein Zivilist fuhr in einem Auto vor und unterhielt sich kurze Zeit mit dem Einsatzleiter der Polizei. Nach Augenzeugenberichten handelte es sich bei dem Zivilisten um den Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß. Ließ er sich Bericht erstatten? Gab er Direktiven?

Oder war es ein Doppelgänger?

Franz Josef Strauß hatte am Tag nach dem Brand im Israelitischen Gemeindehaus die Stunde genutzt, um gegen die neue Bonner Regierung auszuholen. Er bezeichnete die Brandstiftung als das Ergebnis einer Politik, die „das Verbrechen und die Kriminalität nicht mehr unter Kontrolle hat“. Diese politische Ausschaltung des Brandes wurde von Bundesinnenminister Genscher scharf verurteilt. Er warf Strauß vor, den deutschen Interessen schwer geschadet zu haben mit dem Versuch, „die bedauerlichen Münchner Vorgänge zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen.“

Einen Tag nach der Demonstration des „Palästinakomitees“ traf der israelische Außenminister in München ein und besichtigte die Gedenkstätten im ehemaligen Konzentrationslager Dachau. Zu seinem Schutz traf die Münchner Polizei außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen. 1100 Beamte wurden eingesetzt, das angekündigte Besuchsprogramm mehrfach überraschend geändert, Eban selbst benutzte für die Fahrten zwischen dem Flugplatz, der Münchner Innenstadt und Dachau einen Hubschrauber. Der Besuch verlief ohne Zwischenfälle.

Vier Tage später, am 26. Februar, meldete die Titelseite der „bild“-Zeitung: „Razzia in München: Hauptbahnhof — Waffenlager der Attentäter / Araber verriet: Israels Außenminister Abba Eban sollte ermordet werden“

„bild“ nahm den Tip eines obskuren Informanten zum Anlaß, wiederum neue Spannungen in der Münchner Bevölkerung zu erzeugen:

„Israels Außenminister Abba Eban sollte während seines Deutschlandbesuchs ermordet werden! Und die Waffen für das Attentat sollten aus einem Schließfach des Münchner Hauptbahnhofs kommen!“

Dem „bild“-Bericht nach durchsuchten Beamte der Sicherungsgruppe Bonn alle 2800 Schließfächer des Münchner Hauptbahnhofs. Dabei bedienten sie sich einer eigentümlichen Methode. „bild“: „Während der Kassierer aus den Schloßautomaten die Münzen holte, kontrollierten die zwei Beamten den Inhalt der Schließfächer. Damit ersparten sie sich einen Durchsuchungsbefehl.“

Durchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl sind Bestandteil der Notstandsgesetze. Nach der Meldung einer amerikanischen Nachrichtenagentur handelte es sich bei dem Informanten um einen Araber, der sich auf diese Weise Geld verdienen wollte. Er besaß noch 91 Pfennige und verlangte für seinen Hinweis 8000 Mark. Zum Ergebnis der Notstands-Aktion im Hauptbahnhof berichtete „bild“:

„Münchner Kriminaldirektor Hermann Häring: „Ich darf nicht bestätigen, daß Waffen gefunden wurden. Ich kann es aber auch nicht dementieren.“

Eine äußerst unbefriedigende Antwort angesichts dessen, daß ein angeblich geplantes Attentat auf Abba Eban neuerlich die antiarabischen Ressentiments steigern mußte. Oder war die Polizei in ihrem Eifer einem Bluff aufgesessen und wollte sich nicht nachträglich blamieren?

Blenden wir wieder zurück zum Vortag des Besuchs von Abba Eban in München. Am selben 21. Februar stürzte ein Flugzeug der Swissair kurz nach dem Start in Zürich ab. Alle 47 Insassen fanden den Tod. Vor dem Absturz hatte sich an Bord der Maschine eine Explosion ereignet. Am Samstagnachmittag explodierte im Gepäckraum einer Verkehrsmaschine der „Austrian Airlines“ nach dem Start in Frankfurt eine Zeitbombe. Der Pilot konnte nur mit Mühe notlanden. Die 38 Insassen kamen mit dem Schrecken davon. Verschiedene Fluggesellschaften, darunter Air France, KLM, SAS und BEA stellten wegen dieser Vorfälle bis auf weiteres ihren Frachtverkehr nach Israel ein.

Anläßlich dieser Ereignisse schrieb die „tz“ am 23. Februar in ihrem Aufmacher der Titelseite:

„Handeln Sie endlich, Minister Genscher!“

In dem folgenden Bericht wird eine Liste von Maßnahmen aufgezählt, die Minister Genscher und die Innenminister der Länder auf einer Konferenz am 24. Februar beschließen sollten:

„Alle Flugzeuge, die Fracht oder Passagiere nach Israel befördern, werden einer besonderen Kontrolle unterzogen.“

Der Aufenthalt aller Ausländer wird von einem Computer zentral registriert.

Der Bundesgrenzschutz wird zusammen mit den örtlichen Polizeiorganen die deutschen Flughäfen bewachen.

Eine internationale Konferenz wird einberufen.“

Über die Minister-Konferenz berichtete die „Abendzeitung“ am Mittwoch, daß ein verstärktes Kontroll- und Sicherheitssystem auf den bundesdeutschen Flughäfen eingeführt werde, Einzelheiten seien jedoch nicht bekanntgegeben worden.

Was die Ereignisse in München betrifft, so wurden auch hier eine Anzahl von Sicherheitsvorkehrungen getroffen:

Schutz der Passagiere bei der Beförderung von den Flugzeugen zum Paßabfertigungsschalter und in den Transitraum und von dort zu den Flugzeugen.

Schutz der Passagiere während des Aufenthaltes im Transitraum.

Schutz der Abfertigungsschalter und der Büros der Fluggesellschaften im Flughafenbereich während der Betriebszeiten.

Außerdem wies Bayerns Innenminister Merk die Polizeipräsidenten in München und Nürnberg an, umgehend Vorschläge vorzulegen, wie die Sicherheitsmaßnahmen für die Passagiere, Flugzeuge und Einrichtungen auf den Flugplätzen für die Zukunft wirksamer gestaltet werden könnten. Dazu rechnen nach Angaben Merks insbesondere: Sicherung der Abfertigung, paßrechtliche und zollrechtliche Maßnahmen bei Transitpassagieren.

Weiter wurden alle israelischen und jüdischen Einrichtungen — in ganz Bayern insgesamt 117 Objekte wie Synagogen, Altersheime, Kindergärten und Schulen — unter besonderen Polizeischutz gestellt.

So verständlich zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen nach dem Anschlag in Riem und dem Brand im Gemeindehaus waren, führten sie doch in München praktisch zu einer Notstandssituation. Abgesehen davon, daß die Schutzmaßnahmen offensichtlich nicht allen Bewohnern Münchens zugute kamen. Nicht verhindert wurde, daß sowohl arabische als auch Münchner Studenten von aufgebrachten Bürgern in dieser Zeit verprügelt wurden. Anonyme Hinweise oder obskure Tipgeber reichten aus für Aktivitäten der Polizei, die sonst nur im Ausnahmezustand möglich wären.

Hierzu bezog unter anderen die DKP kritisch Stellung. Karl Heinz Schröder, Mitglied des Parteivorstandes und Sekretär des Präsidiums der DKP, erklärte:

„Die Deutsche Kommunistische Partei warnt davor, daß der tragische Tod von Menschen als Vorwand mißbraucht wird, um ein verschärftes Vorgehen gegen die politische Betätigung ausländischer Bürger und deren Überwachung einzuleiten. Ausländische Bürger, in deren Heimatländern, wie in den arabischen Staaten, in Spanien, Griechenland und Portugal, ein schwerer Kampf um nationale Freiheit und Unabhängigkeit oder um demokratische Rechte geführt wird, haben das verfassungsmäßige Recht und den Anspruch auf freie politische Betätigung.“

Der Kreisvorstand der DKP München fragte in einem Flugblatt: „*Warum schweigt die Münchner Presse?*“ Den Münchner Redaktionen von Presse und Rundfunk liegt eine Stellungnahme des Vorsitzenden der DKP, Kurt Bachmann, zu dem Terrorakt in München vor. Er — selbst ein Verfolgter des Nazi-regimes — stellte darin stellvertretend für die DKP klar, daß wir uns von terroristischen Methoden als politisches Kampfmittel distanzieren. Wir fragen die Redakteure und Journalisten, die gerade in diesen Tagen gegen die Unterdrückung und Verfälschung von Nachrichten protestieren: wem nützt die Unterdrückung einer klarstellenden Information der DKP in dieser ‚brennenden Frage‘? Gewollt oder nicht: dem Neonazismus und der Reaktion!“

Eine freie politische Betätigung wurde deutschen und ausländischen Antifaschisten in der Bundesrepublik schon in der Vergangenheit immer wieder verweigert. Kaum etwas dagegen wurde unternommen gegen terroristische Aktivitäten zahlreicher Emigrantenorganisationen, die sich in München schon seit Jahren einen regelrechten Dschungelkrieg liefern.

- 5. Juli 1955: In einem Münchner Postamt explodiert eine Höllenmaschine und tötet den slowakischen Extremisten Matus Cernak, einen zweiten Ausländer und eine Münchner Rentnerin.
- 12. Oktober 1957: Mit einer Zyankalipistole wird der ukrainische Nationalist Lew Rebet ermordet.
- 21. November 1959: Mißglückter Giftanschlag auf die Angestellten des Senders „Radio Freies Europa“.
- 16. Oktober 1960: Der Waffenhändler Wilhelm Beisner wird durch eine Höllenmaschine schwer verletzt.
- 13. August 1966: Mißglückter Bombenanschlag auf den jugoslawischen Generalkonsul Dimitriewitsch.
- 26. Oktober 1968: Die Exilkroaten Rukavina, Tolj und Maricic werden erschossen aufgefunden.
- 9. April 1969: Der Exilkroate Mirco Curic fällt einem Bombenattentat zum Opfer.
- 17. April 1969: Der exilkroatische Journalist Ratko Obradovic wird erschossen.
- 30. Juni 1969: Der Exilkroate Nahid Kolenovic wird mit eingeschlagenem Schädel in seiner Badewanne aufgefunden.

Diese lange Liste von Verbrechen geht offensichtlich auf das Konto der verschiedenen sich gegenseitig befehrenden antisozialistischen Emigrantensorganisationen, die von Münchner Boden aus die Geschichte in ihren Heimatländern zurückdrehen wollen. Hier jedoch wurde nichts unternommen, Terroranschläge, die immer wieder auch Münchner Bürger gefährdeten, für die Zukunft unmöglich zu machen.

Zum verschärften Vorgehen gegen arabische Studenten veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung“ am 7./8. März einige aufschlußreiche Leserbriefe. Dort heißt es unter anderem:

„Die Forderung nach scharfem Vorgehen gegen die Ausländer ist in manchen Fällen sicher berechtigt, trifft aber, wie so oft, die Unschuldigen. Ich bedauere alle, besonders aber die Araber, die sich in der nächsten Zeit um eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis bemühen. Der Ruf der Exekutive nach hartem Durchgreifen wird die Zahl der ablehnenden Bescheide in die Höhe schnellen lassen, aber die wahren Schuldigen werden durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen wissen, denn gegen den illegalen Aufenthalt ist die Polizei machtlos.“

Ein anderer Leser schreibt:

„In der Ausgabe vom 22. 2. Ihrer Zeitung, die ich sehr schätze, ist unter anderem ein Bericht über die Demonstration von Jugendlichen und Studenten gegen den Besuch des israelischen Außenministers in der Bundesrepublik. Auch in der Fernseh-Abendschau war ein solcher Bericht, der vorwiegend arabische Studenten und langhaarige Halbwüchsige zeigte. Wie stellt sich Ihre Zeitung zu der Tatsache, daß Leute das Gastrecht dazu mißbrauchen, um von uns eingeladene Politiker derart anzugreifen? Ein solches Verhalten wird nur in der Bundesrepublik geduldet und sonst nirgends...“

Zum Thema Ausländerrecht nahm am 6. März auch die niederbayerische Zeitung „Passauer Neue Presse“ Stellung. Dieser Kommentar ist typisch für Diffamierungen, die sich allgemein gegen Araber richteten:

„Die arabische Terror-Organisation El Fatah hat in der Bundesrepublik feste Stellungen bezogen... Der Chef der „Generalunion palästinensischer Studenten“, Nabil Nassar, verkündete stolz, daß 600 arabische Studenten und 9000 arabische Gastarbeiter in Kadergruppen zusammengefaßt sind, wo sie politisch geschult und für die Aufgaben der El Fatah vorbereitet werden.“

Die Gastfreundschaft und das großzügige Ausländerrecht werden von diesen radikalen Organisationen schamlos mißbraucht... Innenminister Genscher kündigte... eine Verstärkung der Sicherungsgruppe Bonn und die Ausweitung der Tätigkeit des Verfassungsschutzes an. Die Visa-Erteilung wird erschwert und auch Transit-Passagiere müssen sich strengeren Kontrollen unterziehen. Es gibt wohl keinen Zweifel daran, daß Nassar bei uns nichts zu suchen hat. Seine Organisation schadet zudem vielen Arabern, die in Frieden studieren und arbeiten wollen.

Nassar soll in Palästina kämpfen. So freizügig kann selbst die Bundesrepublik nicht sein, ihn und seine Genossen weiter zu dulden.“

Vergleichsweise wenig beachtet wurde eine Nachricht der „Deutschen Presseagentur“ (dpa). Der Münchner Merkur brachte sie am 3. März als kurze Meldung auf Seite 1:

„Das Bonner Büro der französischen Nachrichten-Agentur AFP ist wegen angeblich israelfeindlicher Berichterstattung am Montag von Unbekannten bedroht worden. Ein Drohbrief in deutscher Sprache ging ein, in dem es heißt: ‚Nicht nur in Chikago beginnt jetzt der Kampf gegen Eure araberfreundliche Politik. Auch wir können den Kampf in zivilisierte Länder tragen. Bei der nächsten antisemitischen proarabischen Berichterstattung stecken wir Euch Eure ganze Berichterstattung in Brand. Daß wir es ernst meinen, werdet Ihr in den nächsten Tagen merken.‘ Der Brief war in Bad Godesberg aufgegeben worden.“

Ebenfalls nur am Rande vermerkt wurde eine interessante Stellungnahme des israelischen Außenministeriums nach den mutmaßlichen Terroristen-Anschlägen in der Schweiz und in Frankfurt vom 21. Februar. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldete am 28. Februar am Ende eines längeren Berichts:

„Das israelische Außenministerium wies arabische Presseberichte, nach denen Israel selbst für den Absturz der Swissair-Maschine sowie für den Anschlag auf ein österreichisches Flugzeug in Frankfurt verantwortlich sein soll, energisch zurück. Der Sprecher des Ministeriums sagte: ‚Der kranke, verdrehte und primitive Geist der Araber kann alles erfinden.‘“

Dieses „energische“ Dementi wäre eines Kommentars wert gewesen. Immerhin wurde es ausgesprochen von einem offiziellen Sprecher des Außenministeriums in Tel Aviv. Eine solche Einschätzung der Araber hat makabre Ähnlichkeit mit Untermenschen-Theorien, die in der deutschen Vergangenheit schrecklich fruchtbaren Boden fanden.

Ein Beispiel offen imperialistischer Politik lieferte am 23. Februar der „Münchner Merkur“ in seinem Leitartikel. Der Verfasser, Dr. Michael Heim, verantwortlich für Politik, forderte in aller Öffentlichkeit eine Intervention Israels in den arabischen Staaten, mit anderen Worten also Krieg. Der Kommentar trägt den Titel „Anarchie“:

„Eine Frauenhand, im Augenblick des Aufpralls abgerissen, Kleiderfetzen in den Bäumen. Im Schnee zusammengefeht, wie nach einem Ball: Handtaschen, Brillen, Geldscheine. Und dann — angesichts dieser Bilder totaler Zerstörung — als Höhepunkt aller Perversion die Erklärung aus Amman: ‚Dafür übernimmt die Volksfront zur Befreiung Palästinas, Allgemeines Kommando, die Verantwortung...‘ Die Urheber des Terrors, der aus dem nahöstlichen Krisenherd in die Welt hinausgetragen wurde, und von Anfang an jenseits jeder rechtlichen und moralischen Norm stand, fühlen sich immer noch dieser Vokabel verpflichtet. Das Chaos soll zumindest seinen Instanzenweg haben.“

Bei dem Anschlag auf die Swissair-Maschine fanden 47 Menschen den Tod. Es gibt Bombenleger, die sich samt Flugzeug und Mitreisenden wegen einer Versicherungspolice in die Luft sprengen, aber noch nie in der Geschichte der Luftfahrt mußten Zivilisten aus Gründen einer vermeintlichen politischen Räson sterben. Und weil das Grauen erst durch die Multiplikation ins Bewußtsein dringt, weil der tote El-Al-Passagier von Athen, der erschossene El-Al-Pilot von Kloten und der von einer Granate zerrissene Israeli Katzenstein von München-Riem als Einzelfälle offensichtlich nicht zählten, wird die Tragödie von Zürich vielleicht die Wende einleiten. Magnetsonden in den Wartesälen der Flughäfen jedenfalls sind keine Lösung.

Auf diese weltweite Anarchie, die sich in ihrem Ursprung doch lokalisieren läßt, kann jetzt nur noch mit einer politischen Aktion geantwortet werden — mit einer Intervention, ob sie nun den Segen der Vereinten Nationen hat oder, was noch mehr bedeutet, nach Absprache der USA und der Sowjetunion durchgeführt wird.

Die arabischen Untergrund-Organisationen, die durch Terror gegenüber Unbeteiligten ihrem Kampf um Heimatrecht in Palästina keinen schlimmeren Dienst erweisen konnten, sind zu einem Faktor außerhalb jeder Legalität geworden. Die arabischen Regierungen haben sich durch ihr Schweigen mitschuldig gemacht. Denn weder Ägyptens Staatschef Nasser als Wortführer des arabischen Lagers, noch der syrische Staatspräsident Attassi sind Gefangene der Guerillas wie der jordanische König Hussein, der nur noch als geduldeter Gast im eigenen Haus sitzt. In Jordanien scheint die Machtübernahme durch die Fedajin nach den jüngsten Konzessionen des Monarchen eine Frage der Zeit zu sein. Wenn sich die Terror-Organisationen, die Palästina längst nicht mehr mit dem Gewehr zurückerobern wollen, sondern durch blutige Public-Relations-Arbeit in Transithallen und Cockpits und durch willkürliche Pressionen auf westliche Regierungen, endgültig in Jordanien etabliert haben, dann müßte die Welt mit einem Staat der Gesetzlosen leben.

Die Zeiten, da die Vereinten Nationen in Korea, im Kongo und auf Zypern eingreifen konnten, kehren nicht wieder — zumindest, solange ihr Generalsekretär seine Aufmerksamkeit der deutsch-britischen Gaszentrifuge zuwendet. Eine amerikanisch-sowjetische Strafexpedition quer durch alle nahöstlichen Guerilla-Quartiere wäre legal, da beide Großmächte die Verantwortung im nahöstlichen Konflikt tragen, aber sie ist unwahrscheinlich.

So blieben die Israelis, die auf jeden Terrorakt mit einem Schlag gegen militärische Ziele — das Blutbad von Abu Sabel ist die unrühmliche Ausnahme — reagiert haben, als einzige Ordnungsmacht. Wenn sie morgen in Jordanien einmarschieren, wenn sie die Camps in Syrien und im Libanon ausheben würden, dann hätten ihnen die Araber die Rechtfertigungsgründe für die Ausrottung dieses Übels frei Haus geliefert. Ein teures Alibi, bezahlt mit dem Blutzoll der Toten von Zürich.“

Soweit der für die Politik des „Münchener Merkurs“ verantwortliche Dr. Michael Heim, der kurz vor der Veröffentlichung dieses Kommentars von einer Nahost-Reise zurückgekommen war. Seine Einschätzung der Lage im Nahen Osten läßt darauf schließen, daß er während seiner Reise spezielle Informationen erhielt. Aus welchen Quellen stammten diese Informationen? So unglaublich Heims Plädoyer für einen neuen Einmarsch der „einzigen Ordnungsmacht“ Israel und für „Ausrottung dieses Übels“ klingt, so ernst zu nehmen scheint die akute Kriegsgefahr zu sein.

Sollte sich der Leitartikler des „Münchener Merkur“ vielleicht auf dieselben Informanten stützen wie der ehemalige UNO-Botschafter der USA, George Ball, der gleichfalls einen neuen Krieg vor der Tür stehen sieht? In ihrer Ausgabe vom 1. März meldete die Zeitschrift der Bekenntenen Kirche, „Stimme“, unter der Überschrift „So sicher wie Tag und Nacht“:

„Ein neuer Krieg im Nahen Osten ist nach Ansicht des ehemaligen amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, George Ball, 'so sicher wie Tag und Nacht'. Ball schrieb in der jüngsten Ausgabe des US-Nachrichtenmagazins 'Newsweek', die am Nahost-Konflikt beteiligten Staaten könnten Stolz, Haß und Furcht niemals soweit überwinden, 'um in Schußweite eines Verhandlungstisches zu gelangen'. Ball fuhr fort: 'Ohne göttliches Eingreifen ist ein neuer Nahost-Krieg so sicher wie Tag und Nacht. Die einzige Frage ist, wann, und es könnte eher sein, als wir glauben'.“

Während Ball immerhin noch auf ein göttliches Eingreifen spekuliert, ist der Kommentator des „Münchener Merkur“ realistischer. Er macht bereits konkrete Vorschläge, wie der unvermeidliche Krieg am besten in die Wege zu leiten sei. Es scheint, als dienten ihm unter anderem die Ereignisse in München als Alibi.

Umso mehr sollten gerade auch hier die Warnung und der Appell der KP Israels gehört werden:

„Die kriegsmäßige Eskalation in den letzten Wochen, die auf offizielle Initiative der Meir-Regierung erfolgte, und die in großangelegten militärischen Angriffen auf Nachbarländer und durch Luftangriffe bis in die Vororte Kairos zum Ausdruck kommt, vergrößert die Gefahr eines offenen Krieges. Die wiederholten Erklärungen offizieller israelischer Kreise, daß die verstärkten militärischen Aktionen das Ziel haben, das gegenwärtige Regime in Ägypten zu stürzen, beweisen, daß die militärische Eskalation einen Teil der allgemeinen imperialistischen Offensive gegen die antiimperialistischen arabischen Staaten darstellt... Die kriegsmäßige Eskalation folgt auf die politischen Mißerfolge des Imperialismus und bezweckt, durch militärische Mittel zu erreichen, was die amerikanischen Imperialisten und ihre Alliierten mit anderen Mitteln nicht erreichen konnten.“

Das Politische Büro ruft alle friedliebenden Menschen in Israel auf, sich zusammenzuschließen und den Kampf gegen die Abenteuerpolitik der Regierung zu verstärken, die unnütze Opferung unserer Söhne zu verhindern, für eine

Friedensregelung einzutreten, die gleichermaßen die Rechte Israels wie auch die der arabischen Völker sichert, für einen Frieden ohne Annexionen, auf der Basis der Resolution des Sicherheitsrates.“

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des sich ständig zuspitzenden Nahost-Konflikts führten die Ereignisse in München nicht nur zu allgemein ausländerfeindlichen Reaktionen der Bevölkerung und gezielten Polizeiaktionen gegen linke politische Gruppen, sondern zu einer notstandsähnlichen Situation in der ganzen Bundesrepublik, ausgelöst in erster Linie durch anti-arabische und anti-studentische Kampagnen des Springer-Konzerns. Ansätze von Differenzierungen anderer Zeitungen mußten angesichts der Monopolstellung des Springer-Konzerns auf dem Pressemarkt untergehen. Politisch ausgenutzt wurde die spannungsgeladene Situation von reaktionären Politikern wie Franz Josef Strauß. Unter dem Druck der aufgebrachten Öffentlichkeit und der politischen Gegner leitete die Bonner SPD/FDP-Regierung notstandsähnliche Sicherheitsmaßnahmen ein, von denen vor allem demokratisch engagierte Ausländer betroffen sind. Faschistische Emigrantenorganisationen, Geheimdienste aus Persien, Südkorea, Israel und anderen Staaten genießen dagegen weiterhin Freizügigkeit.

Die demokratischen Rechte sowohl der bundesdeutschen als auch ausländischer Bürger wurden durch größere Machtbefugnisse der Polizeiorgane und des Verfassungsschutzes wesentlich eingeschränkt. Journalistisches Bemühen um Objektivität scheiterte zumeist am Diktat von Verlegern und Chefredakteuren. Berechtigte Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz von Fluggästen oder jüdischen Bürgern wurden zum Alibi für ein vorzeitiges Praktizieren antidemokratischer Notstandsgesetze.

Daß daraus nicht auch noch Kriegsvorbereitung gemacht werden kann, ist der Zweck dieser Arbeit.

München, 16. 3. 1970.

Helmut Karlson.

kürbiskern. Zeitschrift für Literatur und Kritik. Verlegt von Hannes Stütz (GBR). Herausgeber und Redaktion: Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Hannes Stütz. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Friedrich Hitzer. Erscheinungsweise vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember). Einzelheft DM 4,80, Jahresabonnement DM 16,— zuzüglich Porto. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei Verlag und Redaktion: 8 München 13, Hohenzollernstraße 144, Telefon 30 37 83. Druck: Exquisit-Nymphenburg, Leonrodstraße 17. © Copyright kürbiskern. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Postscheckkonto München 333 81. Deutsche Bank, Zweigstelle Kurfürstenplatz, Konto Nr. 35/00832. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.